

Die Universität Hohenheim erforscht das Glücksspiel

*Die einzige interdisziplinäre
Einrichtung im Glücksspielwesen*



Forschungsstelle Glücksspiel informiert...

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben am Mittwoch, dem 13.12.2006, den im Vorfeld umstrittenen Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland nicht unterzeichnet.

15 der 16 Ministerpräsidenten einigten sich darauf, dass in Deutschland für weitere vier Jahre, ab Anfang 2008, ein staatliches Glücksspielmonopol gelten soll und somit Lotterien, Sportwetten, Spielbanken und sonstiges Glücksspiel nur Sache der Länder sein dürfen. Mit der Entscheidung einher ging auch ein Verbot von Internet-Wetten, das aber noch Übergangsfristen für bestehende Verträge bis 2008 enthält. Wie angekündigt, lehnte es nur der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter-Harry Carstensen (CDU) ab, den Staatsvertrag zu unterschreiben.

Er habe nach wie vor verfassungsrechtliche, europarechtliche und wettbewerbsrechtliche Bedenken gegen den Staatsvertrag und wolle das Urteil des Europäischen Gerichtshofs abwarten.

Gegen die Stimme aus Schleswig-Holstein wurde beschlossen, dass der Vertrag im nächsten Jahr von den Beschluss fassenden Länderparlamenten im Umlaufverfahren unterzeichnet werden soll und dann gegenüber der EU-Kommission notifiziert zu werden. Der Vertrag tritt dann in Kraft wenn 13 der 16 Länder ihn bis zum 31.12.2007 ratifizieren und unterzeichnen.

Schon im Vorfeld hatte der Präsident der EU-Kommission, Jose-Manuel Barroso, Kritik am Entwurf am neuen Staatsvertrag geäußert. Er verstoße gegen das in der EU geltende Recht der Berufs- und Niederlassungsfreiheit für Dienstleistungen.

Ebenso ist es noch nicht sicher, dass alle Länderparlamente den Staatsvertrag unterzeichnen werden. **Hintergrund:** Die ablehnende Haltung von Schleswig-Holstein könnte auch dadurch begründet werden, dass der private Vermittler von Glückspielen, die *Fluxx AG* ihren Sitz in diesem Bundesland hat. Dasselbe gelte für Hamburg, wo die *Tipp24 AG* ansässig ist. Auch Niedersachsen könnte vom strikten Kurs ihres Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) abweichen. Dort investierte man in ein Online Casino (Casino Austria), das durch den neuen Staatsvertrag nicht zulässig ist. Niedersachsen muss bei Nichtzustandekommen des Vertrages Casino Austria € 7,6 Mio. des Kaufpreises zurückerstatten.

Des Weiteren haben die Länder einen starken Gegenspieler: Denn das Bundeskartellamt will das staatliche Internet-Lotto für private Konkurrenten öffnen.